

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1836

Abonnement für jedes Geschäftsjahr 100 Mark.  
Geschäftsdruck - Sonderabonnement 30 Mark.  
Für die Buchdruckerei: 20 Mark.

Bezugs- und Gebührrate: 1. Mai 1926 bei gleichzeitiger Auflösung drei Mark 1.50 Mark.  
Postabrechnung für diesen Preis unter 3 Mark ohne Postabrechnungsgebühr.

Die Abrechnungen werden nach Goldmark berechnet; die einzelnen 30 mm breite  
Seite 10 Pf., für ausweiter 30 Pf., Querseitenzeilen und Schleppspalten ohne  
Rahmen 10 Pf., außerhalb 20 Pf., die 90 mm breite Reklamezeile 150 Pf.,  
außerhalb 200 Pf., Oberseitenzeile 10 Pf., Quer. Werträge gegen Vorausbezahlt.

Rechtskraft mit der beschränkten Quellenangabe „Dresdner Nachrichten“ aufdrucken. Unterlängen Schriftsätze werden nicht aufbewahrt.

Schriftleitung und Hauptredakteur:  
Maximilian 38-42.

Druck u. Verlag von Stegeli & Reichert in Dresden.  
Postleitzahl 1066 Dresden.

## Europa-Hof

Der Treffpunkt der vornehmen Gesellschaft!  
Jede Sonnabend für eins: Galasouper mit Bouillettanze — Abendtoilette erwünscht  
Täglich 1,5 Uhr: Tanz-Tee — Arrangeur: Welsch-Valee

# Bittere Wahrheiten Rehnes zum Dawes-Plan

Die Unmöglichkeit der Aufrechterhaltung des Lebensstandards der deutschen Arbeiter.

Der über den Reichsbahnkonflikt. — Plakat der Republik statt Königsplatz in Berlin! — Aufnahmegesuch an den Völkerbund nächste Woche.

### Der Dawes-Plan ein Polproblem für den deutschen Arbeiter.

**London, 4. Febr.** Der bekannte englische Volkswirtschaftler John Maynard Keynes befiehlt sich jetzt in der "Times" und gleichzeitig in der "New York Times" in einem Sollungsartikel in sehr amerikanischem Weise mit dem Bericht des Reparationsagenten über das erste Jahr des Dawes-Planes. Deutschland hat keine Reparationen, so schreibt Keynes, noch nicht bezahlen. Es hat sogar und nicht einmal begonnen, sie zu bezahlen. Trotz der außerordentlich günstigen Konditionen, die die Kommissionen und Kontrollen in ihren Berichten erkannt haben, kann man in ihren Dokumenten einen Unterton des Unwillens und der Rücksichtlosigkeit entdecken. Die Konditionen sind ja so günstig, dass sie die Reparationen leicht abrufen würden, wenn es nur darum ginge, die Reparationen zu bezahlen. Aber es geht darum, die Reparationen zu bezahlen, um sie dann wieder abzufordern. Das ist eine unglaubliche Verzerrung der Realität.

Quellen über die Werte zu holen aufstehen über zu jenen Schriften, was eine Bedrohung der Industrie war: 10 Prozent für Sozialistinnen zu einer sehr niedrigen Stelle.

Das ist meiner Meinung nach der Schlußfolgerung der ganzen Klientel im Deutschen Reichsland im letzten Jahre. In der letzten Hälfte des Jahres 1925 begann der Burm der Dawes-Plan das deutsche Wirtschaftsleben zu vernichten. Der Kreislauf stieg nicht weiter, ja sank die hohen Bindungssätze, die von der Reichsbank für Wirtschaftsbaresen gefordert wurden, nicht mehr durch hohe Preise ausgeglichen wurden. Unter der Konsequenz, dass die Reichsbank weiterhin an ihrer Kreditrestriktionsspitze festhalten würde, war es klar, dass entweder der Umlauf der industriellen Produktion eingeschränkt werden musste oder dass die Preise fielen. Die Anlegerin für eine Produktionseinschränkung möchten sich dann auch sehr bemühen. Der Prozess der beschäftigungsfreien Arbeit begann. Die Anzahl der Zugarbeiter war in ständigem Rückgang begriffen. Die Konkurrenzpolitik zeigte eine erstaunliche Distanz. Die Preise von Industriewerten sanken rasch. Wenn nun eine 10 Prozent der deutschen Arbeiter

ihren sozialen Gewerkschaftsvertrag erhalten, so ist das natürlich nicht ein Umstand, der reparationsfördernd wirken könnte.

Ich habe von Anfang an auf dem Standpunkt gestanden, dass das Reparationsproblem ein Politisches ist, das den deutschen Arbeiter nicht werden mag. Die deutsche Arbeiterschaft hatte bislang die Höhe der Wirtschaftskrisse erreicht. Heute wie Deutschlands Kapitalistenzirkus und das Reich seine Industriekreisen in Bezug dazu, in welche Art wie möglich das bloße Geschäft mit der Verhinderung einer Reparationsforderung zur Bildung der tatsächlichen Reparationsvereinbarungen vorzugehen.

Die ganze Wirklichkeit des Transferkomitees wird sich also darum drehen, ob die Reparationsforderungen nicht höher gestellt werden können, ob die Reparationsforderungen nicht höher gestellt werden können. Es handelt sich um eine Erhöhung der Preise nur durch politische Macht der führenden Unternehmerklasse. Deutschland ist durchaus bereit, in lokaler Weise mit dem Dawes-Kommissar zusammenzuarbeiten, teilweise aus Liebe zur Ruhe, und teilweise, um sich die Gunst der ausländischen Finanzgruppen zu erhalten. Ich kann mir aber vorstellen, dass sich mit der Zeit eine Situation ergibt, in der keine deutsche Regierung, die ist, an die Vorschritte des Transferkomitees nicht vom Völkerbund getragen ist.

Sollte dieser Zeitpunkt eintreten — welche Mittel haben die Alliierten dann, den deutschen Volk gefügt zu machen. Ein Vorgehen der militärischen Wehr mit dem ausgesprochenen Ziel, den Lebensstandard in Mitteldeutschland herabzubringen, wird der Höhe des Kapitalismus sicherlich nicht förderlich sein. Ein solches Vorgehen mag sogar den umstrukturierenden Rächen des Orients, die nur auf eine solche Gelegenheit warten, eine Handhabe zum Zugreifen geben. Ich kann den optimistischen und friedlichen Ton des ersten Jahresberichts des Reparationsagenten Gilbert nicht teilen und sehe der Zukunft mit grösster Sorge entgegen. Wir wollen hoffen, dass die verantwortlichen Männer weiter ihre Nerven behalten und dass sie weiterhin einen ruhigen und vernünftigen Kurs verfolgen. Dazu gehört, dass die Kreditlage sowohl wie möglich erweitert wird und dass man sich bei den Alliierten noch für einige Zeit mit möglichen Folgen begnügt. Wie die Dinge heute liegen, sieht Rehne keinen Krieg, in Deutschland der wirtschaftliche Gefahrenpunkt Europas.

### Die Entscheidung in der Völkerbundfrage.

Der Anschluss Deutschlands an den Völkerbund ist durch die befürwortende Stellungnahme des Auswärtigen Ausschusses in ein akutes Stadium getreten. Die Deutschnationalen hatten noch in letzter Stunde den Versuch gemacht, durch einen Antrag im Reichstag, in dem bestimmte Voraussetzungen für die deutsche Beteiligung aufgestellt wurden, ein überstürztes Vorgehen zu verhindern und der Schaffung einer vollgängen Tatsache so lange vorzuhindern, bis eine klare Einsicht in den Stand der Rückwirkungen der Locarno-Verträge möglich geworden wäre. Der Antrag wurde mit großer Mehrheit des Auswärtigen Ausschusses überwunden und hat dort das Schicksal gehabt, das man über ihn zur Tagessordnung überging. Nach dieser Entscheidung des Ausschusses steht zwar für die Reichsregierung formell noch immer die Freiheit der Entscheidung über den Zeitpunkt, zu dem der Völkerbund angeschlossen wird, es kann aber nach den ganzen in den leidenden Kreisen herrschenden Stimmung kein begründeter Zweifel auftreten, dass der deutsche Schritt ohne weiteren Verzug getan werden soll, damit schon die am 8. März beginnende Genfer Tagung den Aufnahmestand vollziehen kann. Es wäre eine Verübung, wenn man sagen könnte, diese bedeutsame Wendung in der deutschen auswärtigen Politik werde von einem einheitlichen nationalen Willen getragen. In Wirklichkeit ist aber die Nation in der Völkerbundfrage gespalten. Den Sieg hat die pazifistische, von den drei Weimarer Koalitionsparteien gestützte Richtung davongetragen, die mit drängender Ungeduld auf dem beschleunigten und bedingungslosen Eintritt bestand. Hier schiedet sich das deutsche Volk deutlich erkennbar in zwei Lager. Kein gerecht und billig Denkender wird freilich so weit gehen, zu behaupten, dass die Scheidelinie zwischen rechts und links außer der politischen auch die nationale Gesinnungsgrenze fest vorzeichnet, doch rechts allein unbedingt nationale Juveläufigkeit, links dagegen eitel Unzuverlässigkeit in nationaler Hinsicht herrsche. Es ist ganz selbstverständlich und unbestreitbar, dass auch auf der linken Seite warme und treue Herzen für das deutsche Vaterland schlagen, und dass man deshalb nicht einfach und unterschiedlos von nationalen Parteien auf der Rechten und von antinationalen Parteien auf der Linken sprechen kann. Dessen ungeachtet kommt man aber doch an der Tatsache nicht vorbei, dass das zu immer größerer Stärke aus der Artlosigkeit der Umlaufung neuwertige deutsche Nationalbewusstsein nur bei den Parteien der Rechten seine volle und ungezielte Bekämpfung findet, so dass man die Parteien als die besten nationalen bezeichnen muss, während auf der Linken die nationale Gesinnung und ihre Bekämpfung zu sehr mit den Bedenken und Vorurteilen des Sozialismus, Pazifismus und Internationalismus durchsetzt sind und durch derartige Rückstände zahlreiche Hemmnisse und Ablenkungen erleiden. Diese in vaterländischen Angelegenheiten mit geringerer populärer Sicherheit ausgestattete Richtung hat in der Völkerbundfrage das Feld behauptet. Das Bewusstsein davon legt sich drückend auf das nationale Empfinden und löst Bedauern darüber aus, dass nicht, wie seinerzeit in der Schweiz, eine Volksabstimmung das leise Wort gesprochen hat.

Dr. Ruthers Ansichtswweise ist an sich nicht auf die pazifistischen Gedankengänge eingestellt. Wenn er ihnen gleichwohl nachgegeben hat, so hat das seinen Grund darin, dass er glaubt, als Realpolitiker zu handeln, wenn er Deutschland in den Völkerbund hineinführt, weil er der Meinung ist, dass die deutschen Belange innerhalb des Völkerbundes wirklicher geworden werden könnten, als außerhalb. In mancher Hinsicht mag das richtig sein, so z. B. in der Frage des Minoritätsentschädigungen. Auf Seiten der Nationalen Seite ist man deshalb auch nicht grundsätzlich und unter allen Umständen gegen den Anschluss, sondern man will nur schwere Bürden dafür haben, dass Deutschland bei seinem Eintritt in den Völkerbund eine vereinigte internationale Lage vorfindet, wie sie allein durch die lokale und zweifelscheide Erfüllung der "logischen Auswirkungen" oder Rückwirkungen des Locarno-Geistes gelassen werden kann. Von diesem Standpunkt aus hatten die Deutschnationalen ihre Voraussetzungen für den deutschen Beitritt formuliert.

Wie ist nun das deutsche Verhältnis gegenüber dem Völkerbund gehalten, nachdem sich der Auswärtige Ausschuss für den vorbehaltlosen Anschluss an den Völkerbund ausgesprochen hat? Man kann, wenn man nicht den Boden der Tatsachen verlässt, nur feststellen, dass die Richtlinien, die unter dem ersten Kabinett Ruthers von den Regierungsparteien gemeinsam beschlossen wurden, nicht eingehalten

### Volle Freiheit für die deutsche Luftfahrt!

Eine Entschließung des Auswärtigen Ausschusses.

**Berlin, 4. Febr.** Im Auswärtigen Ausschuss wurde unter Vorsitz des Abgeordneten Georgi (D. R.) zunächst die Frage des Luftverkehrs behandelt. Es wurde folgende Entschließung mit allen gegen eine Etappe angenommen:

Der Ausschuss bei die Mitteilungen des Reichsverkehrsministers zur Klimatisierung zusammengesetzten Verhandlungen der deutschen Luftfahrt bestätigt werden. Die Klima der gesetzlichen Lage, ebenso wie die für die ausländischen Beziehungen des Klimas geben und die Möglichkeit, so wohl für die wirtschaftliche als auch für die sportliche und kulturelle Nutzung sowie Freizeit zu verstetigen. Der Auswärtige Ausschuss erinnert die Regierung, die Verhandlungen in diesem Sinne zu lassen.

Dann fand eine umfangreiche Diskussion über das Fliegerabsturzrecht und die damit zusammenhängenden Schiedsgerichtsverträge statt. Zu Beschluss kam es darüber nicht.

**Genauige Orientierung über die Luftverhandlungen.**

**Berlin, 4. Febr.** Der diplomatische Korrespondent des "Doris Telegraph" meldet heute, dass in den gegenwärtigen Luftfahrtverhandlungen zwischen den Alliierten und Deutschland wesentliche Fortschritte zu verzeichnen seien. Die deutsche Regierung habe sich bereit erklärt, ein neues Luftfahrtgebot dem Reichstag zu unterbreiten. Der Korrespondent glaubt, dass die größere Verantwortlichkeit Deutschlands auf einen Bericht zurückzuführen sei, nach dem Frankreich genehmigt habe, seine Zustimmung zu einer Verabsiedlung der Reparationsforderungen um Höhe von 70 000 auf 60 000 Mann zu geben.

Die von den Alliierten gewünschten drei Luftfahrtbefreiungen seien folgende:

1. Verbot von Flugzeugen über eine bestimmte Strecke.
2. Verbot von Flugzeugen.

### Ein Verbot der Flugzeugausbildung von Reichswehrangehörigen.

Wie die T. II. hierzu von unterrichteter Seite erfährt, entspricht diese Weisung nicht den Tatsachen. Die Abänderung der Luftfahrtverordnungen der Alliierten ist nicht auf gesetzlichem Wege erforderlich. Es genügt hierzu eine Erkundung der Reichsregierung. Werner handelt es sich bei den gegenwärtigen Luftfahrtverhandlungen lediglich darum, an Stelle der Londoner Begriffsbestimmungen den Alliierten bestimmte Garantien für die Entwicklung der deutschen Luftfahrt zu geben. (T. II.)

### Der Flugplatz Köln immer noch für den englischen Verkehr

**Berlin, 4. Febr.** Nach der "Times" haben die deutschen Behörden den Flugplatz in Köln für den Luftverkehr mit London für weitere zwei Monate der Imperial Airways freigegeben. Die T. II. erfährt hierzu, dass die Stadt Köln tatsächlich auftritt. Der Deutsche Luftverkehr wird erst am 1. April wieder aufgenommen werden, und es wird von dem Ausgang der Pariser Verhandlungen abhängen, ob und in welcher Form von diesem Zeitpunkte ab der Kölner Flugplatz dem internationalen Flugverkehr unter Beteiligung anderer Staaten zugänglich gemacht werden kann. (T. II.)

### Plakat der Republik statt Königsplatz!

Ein Beispiel der roten Macht in Berlin.

**Berlin, 4. Februar.** In der heutigen Stadtversammlung erhält die Abstimmung über den Antrag der Sozialdemokratie, den beim Reichstag eingeführte liegenden Plakat in Wien der Republik anzunehmen. 120 Stimmen für und 81 gegen den Antrag. Die Entscheidung, ob die Zustimmung erfolgt, liegt nunmehr beim Magistrat. Die kommunistischen Sozialisten für das Forumsozialrecht.

**Berlin, 4. Febr.** Die sozialistische Kammerfraktion hat einen Antrag eingereicht, der für die Straßen öffnen und portieren 10.000 Mark bei den Gemeinde- und Bezirksämtern sowie den Parlamentswohnungen fordert. (M. 2. II.)